

10/X. 1917

Gaufelspiel der Radikalen.

Am Samstag stellte der Abgeordnete Wolf fest: „Nicht nur in den Wahlbezirken der deutschradikalen Abgeordneten und in deutschradikalen Parteikreisen überhaupt, sondern in allen deutschen Wählerchaften hat man es schon seit längerer Zeit aufs peinlichste empfunden, daß die parlamentarische Vertretung des deutschen Volkes gegenüber all dem, was dem deutschen Volke und Staate angetan und zugemutet wurde, von einer bis an die Fingerglieder grenzenden Ruhe und Sanftmut war.“ Und er fordert nun die Regierung auf, ihre (daß Gott erbarme) Mehrheit „auch im Sinne der Abwehr zerstörender Kräfte“ (lies: Tschechen) zu verwenden. Demgegenüber muß doch klargestellt und festgehalten werden, daß die Deutschradikalen vor sehr kurzer Zeit noch bereit waren, mit den Tschechen eine Arbeitsmehrheit zu bilden und mit ihnen in traute Gemeinschaft in ein Koalitionsministerium zu gehen, und daß der Plan nicht an einer Weigerung der Nationalverbändler, sondern an der Ablehnung der Slaven scheiterte.

Als Herr v. Seidler Anfang August mit dem Plane einer Koalitionsregierung hervortrat, waren die Deutschradikalen Feuer und Flamme dafür. Der Herr Pacher war schon für den Eintritt geworden und Herr Hummer — es ist manchmal nützlich, die Herzensergießungen in seiner Korrespondenz nachträglich zu besehen — erklärte triumphierend (1. August):

Wie wir erfahren, hielt der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes in den letzten Tagen eine Reihe von Beratungen ab, die gestern in den Nachmittagsstunden zum Abschluß gebracht wurden und als Ergebnis die vollkommene Uebereinstimmung aller im Nationalverband vertretenen Gruppen zeitigten. Im Vorstand des Deutschen Nationalverbandes herrscht nach Mitteilungen, die wir von Mitgliedern dieser Körperschaft erhielten, die Auffassung, daß sich in den gegenwärtigen Zeitläuften keine Partei der patriotischen Pflicht entziehen dürfe, an der Regierung teilzunehmen. Insbesondere wird von den Mitgliedern des Vorstandes darauf verwiesen, daß das Wiederauflösen des Parlaments und sein Eingreifen in das innerpolitische Geschehen den Parteien auch die Uebernahme einer angemessenen Verantwortung in der Regierung zur Pflicht macht. Es bedarf keiner besonderen Unterstreichung, daß es wünschenswert ist, wenn alle im österreichischen Reichsrat vertretenen Volksstämme an einem solchen Zusammenschluß aller Kräfte im Kriege teilnehmen würden. (Man betrachte diese bringende Einladung an die Tschechen! Red.) Es kann aber die oppositionelle Haltung einzelner Parteien nicht dazu führen, daß der Plan einer Einigung überhaupt fallen gelassen werde. Von dieser im Verbandsvorstand herrschenden Auffassung wurde der Ministerpräsident durch eine Abordnung in Kenntnis gesetzt, nachdem im Laufe des Tages einzelne Mitglieder des Verbandes ebenso wie die anderen Parteien vom Chef der Regierung empfangen worden waren. Es kann somit der Ministerpräsident bei der Umbildung des Kabinetts auf die Mitwirkung des Deutschen Nationalverbandes zählen und soweit sich die Lage gegenwärtig überblicken läßt, auch mit der Teilnahme jener Parteien rechnen, die vom gleichen Streben, dem Staate aus besten Kräften zu dienen, erfüllt sind. Unter diesen Umständen ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Kabinettsbildung in kurzer Frist erfolgen wird.

Den ganzen August hindurch fungierten die Radikalen geradezu als Zutreiber dieser parlamentarischen Koalitionsregierung, in die die Nationalverbändler mit den Tschechen eintreten sollten („Abwehr zerstörender Kräfte“). Und daß in der Vollversammlung des Verbandes (31. August) gegen die Deutschradikalen „wegen der in letzter Zeit bekundeten allzugroßen Geneigtheit zur Bewerbung um Ministerstellen“ scharfe Vorwürfe erhoben wurden, erklärten die Radikalen... doch sehen wir den damaligen Bericht wörtlich her:

Mehrere deutschradikale Abgeordnete, unter ihnen Pacher und Hummer, suchten das Vorgehen der deutschen Führer zu rechtfertigen. Abgeordneter Pacher versicherte, es seien bei allen diesen Verhandlungen, die darauf abzielten, ein parlamentarisches Kabinett und damit eine verlässliche Arbeitsmajorität im Abgeordnetenhaus zu sichern, vorher alle Garantien gegeben gewesen, daß dem deutschen Volke daraus kein Schaden erwachsen wäre. Abgeordneter Hummer trat der Ansicht entgegen, daß die Wählerchaft nicht einverstanden gewesen sei. Er selbst habe in seinem Wahlbezirk drei Versammlungen abgehalten und überall habe die Wählerchaft ihre Zustimmung geäußert. Gegenüber der Bemerkung eines Redners,

daß sich der Deutsche Nationalverband durch seine Bereitwilligkeit, in ein Koalitionsministerium einzutreten, blamiert habe, meinte Abgeordneter Hummer: „Wenn jemand auf Einladung zu einem Gastmahl erscheint, dem Festgeber aber nichts geliefert worden ist, um die Gäste zu bewirten, ist der Einladende blamiert und nicht der Eingeladene.“ Ein unmittelbar darauf zum Worte gelangender Redner erwiderte, das sei schon wahr, aber wenn die übrigen zur Tafel Geladenen nicht kommen, dann sei auch der blamiert, der allein der Einladung Folge geleistet habe.

Diese letztere Bemerkung ist die Wahrheit: die Wolf-Deute haben sich bei ihren Wählern durch die Jagd nach der Pfunde kompromittiert und möchten nun durch ihren Austritt die Schande in Vergessenheit bringen. Aber auf den Schwindel werden die Wähler wohl nicht hineinfallen.